

Kaum klare Sicht auf die Zukunft

Die Entwicklungsplanung der Regierung wird höchst unterschiedlich interpretiert

Der Aargau wird auf über 740 000 Einwohner wachsen. Wo und wie sollen sie arbeiten, wohnen, einkaufen, sich auf Schiene und Strasse bewegen? Dazu gehen die Meinungen meilenweit auseinander.

URS MOSER

Bis Mitte Januar hat die Regierung die Anpassung des kanonalen Richtplans zur Umsetzung der Agglomerationsprogramme in eine breite Vernehmlassung geschickt. Nur wenn eine verbindliche Planung zur Abstimmung von Siedlung und Verkehr vorliegt, fliessen die Millionen, die der Bund für Infrastrukturvorhaben im Agglomerationsverkehr lockerzumachen bereit ist. Mit 15 bis 20 Millionen jährlich kann der Aargau im Vierjahresplan von 2011 bis 2014 rechnen – wenn rechtzeitig spruchreife Projekte vorliegen.

Kritik an «Speckgürtelstrategie»

Die Grundlage dafür liefert eben die Richtplananpassung, die vom Grossen Rat vor den Sommerferien verabschiedet werden soll. Kernstück ist die Festlegung von 16 kantonalen und 10 regionalen Entwicklungsschwerpunkten. Der Teufel liegt noch nicht einmal nur im Detail, schon im Grundsatz gehen die Meinungen über die künftige Entwicklungsplanung im Kanton zum Teil fundamental auseinander. Vernichtet sind etwa die Stellungnahmen von SVP und Gewerbeverband. Als «Mogelpaket» bezeichnet die SVP die Vorlage der Regierung. Sie lehnt zum Vornherein eine Aufteilung des Kantons in Gebiete ab, in denen Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden oder «nur noch ein Ballenberg möglich ist». Auch der Gewerbeverband sagt klipp und klar, dass er die Richtplananpassungen in den Bereichen Verkehr und Siedlungen ablehnt. Grund: Man sieht in den Plänen der Regierung eine «einseitige Speckgürtelstrategie» mit einer Förderung der Agglomerationen Baden und Aarau-Olten-Zofingen, während die übrigen Regionen in ihrer Entwicklung be-



WIE FISCHEN IM TRÜBEN Eine Richtplanung für den Aargau, die es allen recht macht, ist ein Ding der Unmöglichkeit. TONI WIDMER

schränkt würden. Eine solche Diskriminierung sei aus Sicht der gewerblichen kleinen und mittleren Unternehmen nicht annehmbar. Diesbezügliche Bedenken meldet übrigens auch die Industrie- und Handelskammer an, auch wenn sie der Festlegung von Entwicklungsschwerpunkten grundsätzlich positiver gegenübersteht.

Stimmt nicht einmal das Gegenteil?

Dass Wirtschafts- und Umweltverbände nicht unbedingt die gleichen Zukunftsvorstellungen haben, dass Freisinnige und Sozialdemokraten sich Verkehr und Siedlungsplanung anders vorstellen, liegt auf der Hand. Das vorliegende Programm lässt aber einen grossen Deutungsspielraum zu. Hüben wird eine nicht akzeptable Be-

vorzugung des öffentlichen zulasten des Individualverkehrs moniert, drüber die einseitige Förderung des motorisierten Individualverkehrs kritisiert. Die Grünen wiederum verlangen eine Abkehr vom dualen System: Man müsse sich entscheiden, wo die Schiene und wo die Strasse auszubauen sei und dementsprechend in diesen Gebieten auf zusätzliche Strassenkapazitäten bzw. Bahnanschlüsse verzichten.

«Langfristiges Wunschprogramm»

Von den grossen Parteien zeigt sich die CVP vergleichsweise am zufriedensten mit der aufgezeigten Strategie. In ihrer Stellungnahme wiederholt sich auch die von verschiedener Seite vorgetragene Kritik nicht, die ganze Entwicklungsplanung sei zu

einseitig auf die grösseren Agglomerationen fokussiert und könnte auf Kosten der Wachstumschancen in den ländlichen Regionen gehen.

Damit scheint man auch auf der linken Seite nicht unbedingt Probleme zu haben. Hier hegt man vielmehr die Befürchtung, in den als wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkten definierten Gebieten laufe dann alles aus dem Ruder: kein anständiger Ortsbildschutz, keine Begrenzung von Bauzonengrössen und Verkehrsflächen usw. Bei der BDP ist man nicht über die unterschiedlichen Wahrnehmungen verwundert: Der Bericht zeige so viele Grundsätze auf, dass man eher von einem sehr langfristigen Wunschprogramm sprechen müsse und eine konkrete Stossrichtung vermisste.

STARKE AGGLOMERATIONEN

Kernstück der Planung: Die Bezeichnung der **Entwicklungsschwerpunkte** mit kantonalen und regionalen Bedeutung und ihrer schwergewichtigen Nutzungen: arbeitsplatzintensiv, mit hohem Güterverkehr und Flächenbedarf oder hohem Personenverkehrsaufkommen. Bei Standorten mit **hohem Verkehrsaufkommen** wird nicht mehr nach Einkaufszentren und Fachmärkten unterschieden, massgebend ist unabhängig von der Branche die Zahl der Fahrten, Parkplätze und Ladenflächen. Intensive Nutzungen sind mehr als 1500 Zu- und Wegfahrten täglich, über 300 Parkplätze oder über 3000 Quadratmeter Verkaufsfläche. (MOU)

LÄNDLICHER RAUM

In den ländlichen Gebieten liegt die Zielsetzung bei der Erhaltung einer **hohen Lebensraumqualität**, wobei sie dem Wohnen und Arbeiten sowie der Erholung und Freizeit gleichermassen dienen soll. Die Gemeinden sollen dafür sorgen, dass die Dörfer im ländlichen Raum sich einerseits weiterentwickeln können, anderseits aber ihren **ländlichen Charakter** behalten. Die Planer denken hier an eine Aufwertung der Wohnqualität und der Ortskerne und Ortsbilder mit sorgfältigen Neu- und Umbauten. **Baulandreserven** soll es im ländlichen Raum abseits der Kernstädte primär für Klein- und Mittelbetriebe geben. (MOU)

FLÜSSIGER VERKEHR

Teile des Autobahn- und Kantonsstrassennetzes sind **an der Kapazitätsgrenze** angelangt oder werden sie ange-sichts der Bevölkerungsentwicklung bald erreichen. Verschiedene Ausbau-ten/Verbesserungen sind vorgesehen. Ein hohes kantonales Interesse meldet der Aargau am **Ausbau der A1** auf sechs Spuren von der Solothurner Kantongrenze bis zur Verzweigung Wiggental und von dort bis zum Birrfeld an. Beim **öffentlichen Verkehr** ist die bessere Verknüpfung von Fern- und S-Bahnverkehr in den Zentren Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg und Zofingen zentral, Intercity-Halte in Aarau haben erste Priorität. (MOU)

PÄRKE FÜR DIE NATUR

Zum ländlichen Raum soll Sorge getragen werden, aber die **Verstädterung** macht auch vor dem Aargau nicht Halt. Daher kommen Natur und Landschaft eine immer wichtigere Ausgleichs- und Erholungsfunktion zu. Zur Erhaltung und **Förderung der Wohn- und Lebensqualität** sollen Räume geschaffen werden, wo der Mensch mit seinem Bedürfnis nach **naturnaher Erholung** im Mittelpunkt steht. Das können Agglomerationsparks, Naturerlebnisparks oder regionale Naturparks sein. Neben dem Jurapark Aargau liegen Grundlagen für vier Agglomerationsparks im Raum Aarau, Zofingen, Baden und Brugg vor. (MOU)